

Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt, das Schandau, Finanzamt, Sebnitz, — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 55 327



Lageszeitung für die Landgemeinden Altenorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Otkra, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischschütz, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Fiele, Inh. Walter Fiele Verantwortlich: K. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 39 Bad Schandau, Mittwoch, den 16. Februar 1927 71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Gestern vormittag überschlug sich infolge des Glätteises das Auto eines Bamberger Tabakfabrikanten auf der Landstraße und stürzte eine Böschung hinab. Der Besitzer und seine Frau kamen unter das Auto zu liegen und waren sofort tot.

* Der frühere Fabrikbesitzer Wöhnesfeld aus Wiesbaden, der mit 25 000 Mark nach Zoppot gekommen war, verlor diese Summe im Spielklub restlos. Da er in einem Drohbrieft an den Spielklub zur Tilgung seiner Schulden eine Geldsumme forderte, wurde er wegen Erpressung verhaftet.

* Chamberlain teilte gestern nachmittag im Unterhause mit, daß er noch keine offizielle Mitteilung über den Abbruch der Verhandlungen in Sansau erhalten habe.

* Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der Leiter der Sowjetpolizei im Kreise Berdischew aus politischen Gründen ermordet worden. Die Mörder konnten bis jetzt noch nicht festgenommen werden.

Die Ostsee — ein Meer der Sorge.

Von Adolf Gregori-Kendenburg.

Wir kennen sie, die Meere der Sorge, die Meere mit dem Janusgesicht: das Mitteländische Meer mit seinen Nebenmeeren und den Großen Ozean. Daß auch die Ostsee, an der Deutschland mit weiten Küste und lebenswichtigen Interessen beteiligt ist, ein Meer der Sorge geworden ist, dürfte noch nicht genügend in das politische Bewußtsein der Allgemeinheit eingegangen sein.

Friher, als Rußland noch ein Zarenreich war, das die ganze riesige Ostflanke der Ostsee besaß, während das heutige Sowjetrußland nur mehr mit einem Winkel im Finnischen Bufen am Ostseegestebe beteiligt ist, war die Ostsee weniger ein Meer der Sorge zu nennen als heute. Denn militärisch wurde, von Dritten unbestritten, dieses Meer von Rußland und Deutschland beherrscht, und keiner der beiden hatte es nötig, eine Vorherrschaft für sich zu beanspruchen. Der Friede in der Ostsee wurde durch die beiden Mächte, wenn sie nicht auf Umwegen in Krieg miteinander geraten wären, gewährleistet gewesen. Seitdem jedoch aus Rußlands Körper die Randstaaten samt Polen und Finnland herausgeschnitten sind und Deutschland nur noch eine Flotte von untergeordneter Bedeutung besitzt, haben sich in der Ostsee Verhältnisse herausgebildet, die durch das in Skandinavien im Hinblick auf die baltisch-polnische Staatengruppe geprägte Schlagwort vom „Balkan der Ostsee“ blühartig beleuchtet werden. Es sind unter den Staaten nicht allein innere Gegensätze vorhanden, die wesentlich auf der Spannung zwischen Litauen und Polen und polnischen Hegemoniebestrebungen in der Ostsee beruhen, sondern es wirken sich auch auf das Staatensystem an der Ostsee großpolitische Einflüsse aus, deren Exponenten Frankreich, England und Rußland sind.

Kennzeichnend für die politische bewegte Luft über der Ostsee ist, daß man selbst im friedlichen und neutralen Skandinavien die Verteidigungsfragen in erhöhtem Maße das Augenmerk zuwenden. Besonders interessant sind die Erörterungen in Dänemark, das, im Besitz der Belte und des Sunds, gewisse Maßnahmen der Wächter an der Schwelle vom Atlantischen Ozean zur Ostsee ist. In diesem Lande sind lebhafteste Einwände erhoben worden gegen die von dem früheren sozialistischen Verteidigungsminister Rasmussen geplante Herabsetzung des Heeres und der Flotte auf den niedrigeren Rang einer Land- und Seepolizei. Die Widersacher einer Abrüstung glauben darauf verweisen zu können, daß die Schonung der dänischen Neutralität im Weltkriege auch auf die dänische Entschlossenheit zum Schutz der dänischen Wasserstraßen zurückzuführen sei, sie verwerfen einen pazifistischen Idealismus auf einem Erdball der Unruhe und begründen nachdrücklich, es gehe nicht an, daß Dänemark als Schlüsselstaat der Ostsee abrisse, wo sonst rings um die Ostsee Mars noch nicht abgelegt sei. Der frühere dänische Ministerpräsident Neergaard sagte vor einiger Zeit im Zusammenhang mit der dänischen Abrüstungsfrage, nach seiner Auffassung werde die größte Gefahr für Aufrechterhaltung des Weltfriedens künftig in Osteuropa liegen, selbst wenn er keineswegs die Schwierigkeiten unterschätze, die rings um das Mitteländische Meer und im Fernen Osten entstehen könnten. Das ist ein sorgenvolles Wort, das nicht aus irgendwelchen Munde kommt, und Neergaard folgte weiter, Dänemark könne bei seiner geographischen Lage nicht auf Verteidigung verzichten, widrigenfalls es geschehen könne, daß andere sich für berechtigt halten die Mächte eines Tages seiner Oberhoheit zu nahe träten und ihm eine Verpflichtung abnähmen, die nach internationaler Auffassung Sache des eigenen Landes sei. Von der jetzigen, durch die Bauernpartei gebildeten Regierung Dänemarks ist übrigens vorauszusetzen, daß sie, trotz der dem Lande von der Wirtschaftslage aufgezwungenen Sparmaßnahme, keiner Seereschränkung kundtut, wie sie dem sozialistischen Verteidigungsminister Rasmussen vorgeschwebt hat.

Was Schweden mit seiner langgedehnten Ostseeküste angeht, so hörte man unlängst wieder, daß auch dort das Verteidigungsbedürfnis verstärkt empfunden wird. Der Flottenausflug des schwedischen Reichstages schlägt dem Parlament eine erhebliche Vermehrung und Modernisierung der Küstenflotte vor. Norwegen ist ja zwar kein Ostseeanlieger, läßt aber seine außenpolitischen Anschauungen nicht ohne Beziehung zu den anderen skandinavischen Staaten. Kürzlich hat das norwegische Storting gegen 33 Stimmen den Abrüstungsvorschlag der unbedingt pazifistischen Arbeiterpartei verworfen und mit 108 Stimmen gegen 30 auch deren Etatsvoranschlag, das Verteidigungsbudget auf höchstens 25 Millionen Kronen jährlich zu begrenzen; beschlossen

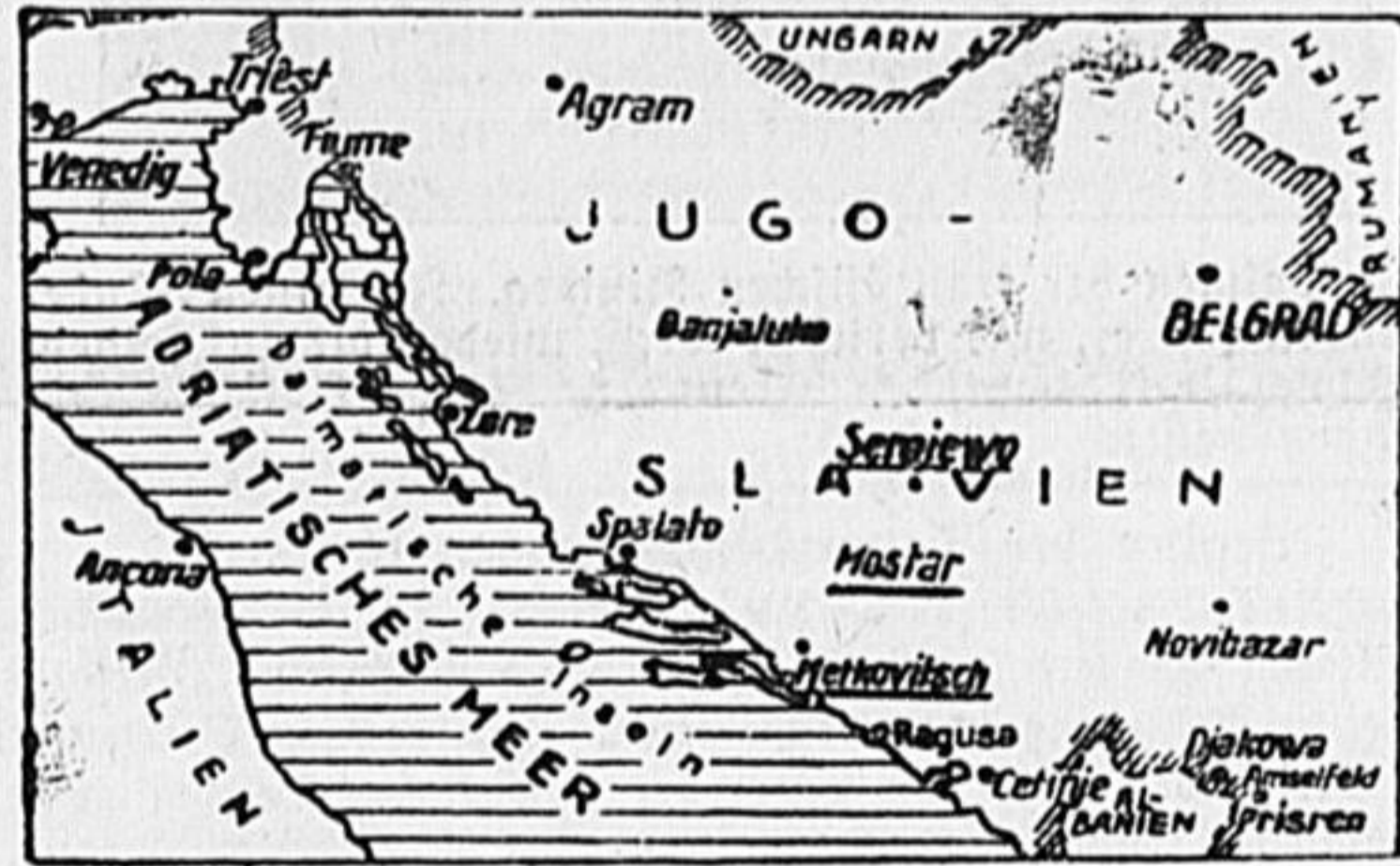
Die Erdbebenverheerungen in Jugoslawien

600 Opfer der Erdbebenkatastrophe.

Nach den vorliegenden Erdbebenmeldungen wurden in Bosnien und Dalmatien mehrere tausend Häuser vollkommen zerstört. Die Zahl der Menschenopfer wird auf 600 geschätzt. Bei Mostar wurde ein großes Zelllager errichtet, in dem Tausende Obdachlose Unterkunft fanden. In Ragusa sind beim Einsturz des „Hotel de Ville“ mehrere Personen getötet worden. Der Gesamtschaden ist noch nicht feststellbar, wird aber auf über 100 Millionen Dinar geschätzt.

Der Herd des Bebens.

Das Erdbeben und seine Folgeerscheinungen haben die ganze Herzegowina und auch die angrenzenden Landesteile des Königreichs Südslawien in große Aufregung versetzt.



Das Erdbebengebiet.

regung versetzt. Im Herdzentrum wagt sich die verängstigte Bevölkerung nicht wieder in die Häuser zurück, um so mehr, als sich die Erdstöße, wenn auch mit vermindelter Stärke, wiederholen.

Da sich in Erdbebengebieten sehr schnell Vandalen bilden, die die verschickerte Bevölkerung brandschatzen, und weil auch gewisse Bezirke als besonders gefährdet abgeperrt werden müssen, hat die Regierung in Belgrad sofort Militär auf allen verfügbaren Wegen nach der Herzegowina entsandt. Dieser Schnee, der über der heimgefallenen Gegend liegt, erschwert das Herantommen an die betroffenen Ortschaften, deren telephonische und telegraphische Verbindung vollkommen abgerissen ist. Die Bewohner sind sonst leichtere Erdstöße durchaus gewöhnt und erklärten, daß dieses Beben das schwerste sei, das sie seit Menschengedenken heimsuchte. Da die oberirdischen Leitungen schlagartig abbrachen, war es unmöglich, sofort Hilfe herbeizurufen.

Weitere Einzelheiten.

Die Einzelmeldungen liegen nur aus den größeren Orten vor. In Serajevo, der Hauptstadt des früheren Bosniens, bewirkte das Erdbeben einen Bergsturz. In der Stadt selbst brach eine Panik aus; da fast alle Häuser Misse bekamen und die Schornsteine und Dächer einstürzten. In der Küstenprovinz Dalmatien erlitten bisher die schwersten Schäden Sebenico, Makarska, Perstovic, Metkovic und Gabela. Mit den von dem Erdbeben betroffenen Gebieten ist vorläufig kein Eisenbahnverkehr möglich, weil die Strecken stark beschädigt sind. In Belgrad ist sofort nach dem Eintreffen der Meldungen ein Ministerrat zusammengetreten und hat vorläufig 100 Millionen Dinar für Rettungszwecke bewilligt.

Besonders schwer waren die Zerstörungen, die durch die Felsbrocken angerichtet wurden, die sich überall in dem gebirgigen Lande von den Bergen lösten und zu Tal donnerten. In das Donnern der Erde mischte sich ein regenloses Gewitter, das bei sternklarem Himmel beobachtet wurde. Die Feststellungen der Erdbebenforscher in den jugoslawischen Stationen, die übrigens sehr schnell außer Betrieb gesetzt wurden, gehen dahin, daß der Erdstoß die ungefähre Richtung Ljubinjé—Naupfa hatte.

muore, die neue Heeresordnung ca. 40 Millionen Kronen jährlich kosten zu lassen.

Finnland, der halb skandinavische und halb baltische Staat, der mit seiner Einwohnerzahl von 3,4 Millionen mit Dänemark vergleichbar ist, kann, obwohl seine Selbstständigkeit feinerzeit von Sowjetrußland anerkannt wurde, dennoch seine Sorge vor dem Nachbarn im Osten nicht los werden. Es mag daran denken, daß dieser Nachbar nur grollend und notgedrungen zusehen kann, wie man ihn von der Ostsee zurückgedrängt und wie man Finnland den militärisch neutralisierten Sperrgürtel der Ålandsinseln zugesprochen hat. „Es muß mit der Möglichkeit russischer Rückeroberungsversuche gerechnet werden“, dieser besorgte Satz findet sich in einem Gutachten, das eine 1923 eingesetzte Militärkommission jetzt auf Veranlassung des finnischen Kriegsministers erstattet hat. Vorwiegend auf solche nationale Sorge ist offenbar der Vorschlag der Kommission zurückzuführen, es möge ein weiterer erheblicher Ausbau des Heeres, der finnischen Küstenflotte und des Flugwesens stattfinden.

Ueber den Petersburger Ostseebeschnitt Sowjetrußlands reicht der Rundgang am Ostseegestebe in die eigentlichen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie weiterhin Polen, ein Gebiet, dem Sowjetrußland seine gespannte Aufmerksamkeit widmet. Die großpolitischen Anklagen der „Pravda“ und „Iswestija“ mögen zuweilen in Einzelheiten übertrieben sein. Aber vom sowjetrussischen Standpunkt aus gesehen mag die ständige Erreiserung namentlich gegen England, dem man im Baltikum bis hinauf nach Finnland nicht die besten Absichten gegen Rußland zutraut, zum Teil begrifflich erscheinen. In der Befürchtung, daß ein vor einigen Jahren eifriger als gegenwärtig von Polen, dem Vasall Frankreichs, erstrebter Bund der baltischen Staaten mit Polen eine feindselige Spitze gegen Sowjetrußland habe, zeigt sich die Moskauer Politik hartnäckig bemüht, die Bildung einer solchen Union, womit es übrigens wegen innerer Gegensätze (die Feindschaft zwischen Polen und Litauen, Polens unbeflehte Hegemoniebestrebungen am Baltikum) noch gute Weile haben dürfte, zu verhindern und zu Sonderverträgen mit den baltischen Staaten zu gelangen. Gelungen ist ihm dies bisher bekanntlich nur bei Litauen, und es liegt ein etwaiger Zusammenstoß im Baltikum unter Umständen unabsehbar ausweitender Umstände darin, daß Sowjetrußland die litauischen Ansprüche auf das von Polen besetzte Wilna anerkannt hat.

Daß Polen's weitfliegende Flottenpläne in der Ostsee, die 1919 im polnischen Kriegshafen Gdingen zu der theatralischen Geste der „Vermählung Polens mit dem Polnischen Meer“ (der Ostsee nämlich) führten, nicht zur Verhütung der Verhältnisse in der Ostsee beitragen können, ist klar. So ist es leider berechtigt, auch von der Ostsee von einem Meer der Sorge zu reden.

Polen lehnt Deutschlands Vorschlag ab.

Schwierigkeiten auch in Paris.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat im Auswärtigen Amt eine Antwortnote überreicht, die eine Ablehnung des deutschen Vorschlages enthält, die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen zu unterbrechen und zunächst in eine Erörterung der Frage des Niederlassungsrechtes einzutreten. Die polnische Note kündigt die Abreise der polnischen Delegation an und damit den endgültigen Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen. In der Note wird betont, daß nach Auffassung der polnischen Regierung die Unterbrechung der in Berlin geführten Verhandlungen keineswegs geboten war, vielmehr nach der Überzeugung der polnischen Regierung die wirtschaftliche Verständigung zwischen den beiden Ländern nur erschweren und verzögern kann.

An zuständiger Stelle sind jetzt Berichte über die während der letzten Tage in Paris geführten Handelsvertragsverhandlungen eingegangen. Eine Unterbrechung in dem Vertragsverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich erscheint fast unvermeidlich; das augenblicklich gültige Provisorium läuft zwar noch bis zum 21. Februar. Selbst bei Inkraftsetzung auf dem Verordnungswege wäre, nach dem Befehl über die provisorische Inkraftsetzung von Verträgen, immerhin erst nach der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages zu hören. Streitobjekt sind nach wie vor die Weinzölle und die Verlängerung des Provisoriums für das Provisorium. Die deutsche Regierung hat alles versucht, um einen vertragslosen Zustand zu vermeiden; auf der anderen Seite kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die deutsche Regierung keineswegs geneigt ist, die Einfuhr französischer Weines nach Deutschland, eines ihrer größten Kompensationsobjekte im Provisorium, jetzt schon zu regeln. Sie wird darauf bestehen, daß diese Frage erst im endgültigen Handelsvertrage geklärt wird. Dagegen verstärkt sich der Widerstand der französischen Weinbauern und Weinhändler gegen eine Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums unter Ausschluß der französischen Weine.